Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5749

09. 10. 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses (7. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Uwe-Jens Rössel, Dr. Barbara Höll, Rolf Kutzmutz, weiterer Abgeordneter und der Gruppe der PDS – Drucksache 13/984 –

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Reform der Kommunalfinanzierung“

A. Problem

Mit dem vorliegenden Antrag soll der Deutsche Bundestag aufgefordert werden, gemäß § 56 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages eine Enquete-Kommission „Reform der Kommunalfinanzierung“ einzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Große Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 13/984 – abzulehnen.

Bonn, den 9. Oktober 1996

Der Finanzausschuß

Carl-Ludwig Thiele	**Ludwig Eich**	**Reiner Krziskewitz**
Vorsitzender	Berichterstatter	Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Ludwig Eich und Reiner Krziskewitz

I. Verfahrensablauf

Die Vorlage wurde dem Finanzausschuß in der 35. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. Mai 1995 zur federführenden Beratung und dem Innenausschuß zur Mitberatung überwiesen. Der federführende Finanzausschuß hat die Vorlage am 21. Juni 1995 und am 9. Oktober 1996 beraten. Der Innenausschuß hat sich mit dem Antrag am 9. Oktober 1996 beschäftigt.

II. Inhalt des Antrags

In dem Antrag soll der Deutsche Bundestag aufgefordert werden, gemäß § 56 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages eine Enquete-Kommission „Reform der Kommunalfinanzierung" einzusetzen. Die Enquete-Kommission soll die Aufgabe haben, das derzeitige System der Finanzierung der Haushalte der Städte, Gemeinden und Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland umfassend auf den Prüfstand zu stellen und wissenschaftlich fundierte Vorschläge für eine Reform der Kommunalfinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich ggf. notwendig werdende Änderungen des Grundgesetzes vorzulegen. Zur Begründung wird verwiesen auf Artikel 28 Abs. 2 GG, der im Juni 1994 um den Zusatz „die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfaßt auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung" ergänzt worden ist. Die Antragsteller sind der Auffassung, daß die sich daraus ergebenen Änderungen der im Grundgesetz verankerten Finanzverfassung sowie die notwendigen Ableitungen für eine Reform der Finanzierung der Städte, Gemeinden und Landkreise bisher unterblieben sind.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der Innenausschuß hat den Antrag mehrheitlich abgelehnt. Der Beschluß erfolgte mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

IV. Ausschußempfehlung

Die Vorlage wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Gruppe der PDS abgelehnt.

Die Koalitionsfraktionen begründeten ihre Ablehnung damit, daß aufgrund der im Rahmen des Jahressteuergesetzes 1997 von ihnen angestrebten Reform der Gemeindefinanzen kein Bedarf zur Einrichtung einer Enquete-Kommission zu erkennen sei. Die geplante Beteiligung der Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen bedeute entgegen der Auffassung der Antragsteller eine grundlegende und positive Veränderung des Systems der Kommunalfinanzierung. Zudem sei eine Reform der Kommunalfinanzen baldmöglichst durchzuführen, eine Enquete-Kommission benötige einen zu langen Zeitraum.

Die Fraktion der SPD hat zur Begründung ihrer Ablehnung ausgeführt, die aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit entstandenen finanziellen Probleme der Kommunen erforderten zeitnahe Reformen nicht nur bei den Einnahmen, sondern auch hinsichtlich der Ausgaben der Gemeinden. Daher werde die Fraktion der SPD einen eigenen Antrag in das parlamentarische Verfahren einbringen, in dem die Einrichtung einer gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat mit Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände und unter Hinzuziehung der Wissenschaft gefordert werde. Die SPD-Fraktion betonte, notwendig seien schnelle Ergebnisse, während eine Enquete-Kommission auf langfristige Arbeit angelegt sei. Wegen des von ihr angekündigten eigenen Antrags lehne sie den Antrag der Gruppe der PDS ab.

Bonn, den 9. Oktober 1996

Ludwig Eich	**Reiner Krziskewitz**
Berichterstatter	Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333